

06.11.2018

OSZE lässt Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien untersuchen

Auslösung des Moskauer-Mechanismus ist ein wichtiger Schritt für die Aufarbeitung der Taten und Bestrafung der Verantwortlichen

Auf Druck von 16 Mitgliedsländern, darunter auch Deutschland, hat die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) am vergangenen Donnerstag ihren „Moskau-Mechanismus“ ausgelöst, um die bereits im April 2017

bekanntgewordenen schweren, homo- und transphob motivierten

*Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien aufzuklären. Dazu erklärt **Axel Hochrein, Mitglied im Bundesvorstand des Lesbian- und Schwulenverbandes (LSVD):***

Der Lesbian- und Schwulenverband (LSVD) begrüßt die Auslösung des „Moskau-Mechanismus“ der OSZE. Es ist höchste Zeit, dass eine Erkundungsmission entsandt wird, damit die unglaublichen Grausamkeiten, Morde und Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien untersucht, in einem Bericht dokumentiert werden und politische wie rechtliche Konsequenzen für die Verantwortlichen haben. Auch der LSVD hatte sich in einem Schreiben an Michael Roth, Staatsminister im Auswärtigen Amt, gewandt und um die Unterstützung Deutschlands bei der Einleitung des Moskauer-Mechanismus gebeten.

Deutschland muss weiterhin hartnäckig bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf Aufklärung der Morde, Bestrafung der Schuldigen und sofortigen Stopp der Verfolgung bestehen. Des Weiteren müssen die bislang veröffentlichten schrecklichen Berichte Einfluss auf die Entscheidungen über laufende Asylverfahren haben. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) darf nach Kenntnis der derzeitigen Situation die Asylanträge lesbischer, schwuler, bisexueller und transgeschlechtlicher Tschetschenen nicht ablehnen. Eine Aufforderung, Schutz in anderen Teilen Russlands zu suchen, ist angesichts der dortigen Menschenrechtssituation ebenfalls keine Alternative. Zu groß ist die Gefahr, dass die Familien den Wohnort erfahren, die Geflüchteten dort angreifen oder ermorden.

Hintergrund

Anfang April 2017 berichtete die russische Zeitung Nowaja Gaseta erstmalig von einer brutalen Verfolgungswelle durch staatliche Milizen gegen schwule und bisexuelle Männer in Tschetschenien. Danach wurden seit Februar 2017 drei schwule Männer ermordet, über 100 weitere Männer von staatlichen Milizen willkürlich in Geheimgefängnisse verschleppt und dort gefoltert. Dem tschetschenischen Parlamentsvorsitzenden Magomed Daudow wird eine direkte Beteiligung vorgeworfen. Im April 2018 gab es neue Berichte über anhaltende außergesetzliche Haft und Folter, die sich auch gegen lesbische und transgeschlechtliche Frauen richten. Im Juni 2018 hat auch der Europarat einen detailliert recherchierten Bericht zu den Vorkommnissen veröffentlicht [<http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-DocDetails-EN.asp?FileID=24805&lang=EN>]. Die Auslösung des Moskauer-Mechanismus ist die Konsequenz aus der Weigerung russischer Behörden im Rahmen des Wiener Mechanismus zu kooperieren und stattdessen die Ermittlungen zu Menschenrechtsverletzungen in der teilautonomen Region Tschetschenien weiterhin zu verschleiern oder zu behindern.